

Inhalt

	Seite	
1.	Problemaufriß	1
2.	Status-quo-Analyse der Systeme: Vorüberlegung	4
2.1.	Methodischer Ansatz	4
2.2.	Die Struktur des umweltrelevanten Gesamtsystems: Arbeitshypothesen	8
2.2.1.	Strukturkonflikte	8
2.2.2.	Das Beziehungsgefüge zwischen Rechts- und Verwaltungssystem	15
3.	Status-quo-Analyse der Systeme	21
3.1.	Zusammenfassende Darstellung der Gesetzgebung und der Planungsansätze des Bundes; Grenzen ihres Wirksamwerdens	21
3.1.1.	Der Begriff der Umweltplanung	21
3.1.2.	Gesetzliche Regelungen und Planungsvorhaben in den Bereichen Luft, Wasser, Umweltchemikalien, Abfall, Lärm	24
3.1.3.	Raumordnung und Stadtentwicklung als komplexer Planungsgegenstand	36
3.1.4.	Das Zentralismusproblem	39
3.2.	Die von der Bundesregierung vorgesehenen Planungsinstrumente für die Umweltpolitik	42
3.2.1.	Das Gesetz über Umweltstatistiken	42
3.2.2.	Zur Einrichtung des Umweltbundesamtes	44
3.2.3.	Das Gesetz über die Prüfung der Umweltverträglichkeit öffentlicher Maßnahmen	47

	Seite	
3.2.4.	Die Bildung eines Sachverständigenrates für Umweltfragen	48
3.2.5.	Das Verursacherprinzip als ökonomisches Umweltinstrument	50
3.3.	Die Hindernisse im Gesetzgebungsbereich	53
3.3.1.	Die umweltrelevante Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern	53
3.3.2.	Die Rechtsetzungsbefugnis der kommunalen Körperschaften	68
3.4.	Die Kompetenzverteilung im Verwaltungssystem	73
3.4.1.	Die Verwaltungszuständigkeit von Bund und Ländern	73
3.4.2.	Die uneingeschränkte Verwaltungshoheit der Länder	84
3.4.3.	Die Verwaltungskompetenz der kommunalen Körperschaften	88
3.4.4.	Die Folgen für das Gesamtsystem von Gesetzgebung und Verwaltung	90
3.5.	Strukturanalyse der bestehenden Organisationsformen von Verwaltung und Rechtswesen bezüglich der umweltbezogenen Informationsverarbeitung und Innovationsfähigkeit	93
3.5.1.	Erhöhter Ressourcen- und Informationsbedarf aktiver Umweltpolitik	95
3.5.2.	Die Anforderungen an Koordination, Kooperation und Konfliktfähigkeit der Verwaltung	102

	Seite	
3.5.3.	Grenzen der Effektivität hierarchischer Organisation	110
3.5.4.	Organisatorische Alternativen: das Modell eines ressortüber- greifenden Entscheidungspro- zesses	115
3.6.	Die föderalistische Struktur der BRD und ihre Auswirkung auf die umweltpolitischen Planungs- ansätze der Bundesregierung	123
3.6.1.	Koordinationsprobleme zwischen Bund, Ländern und Kommunen	124
3.6.2.	Das Planungsdefizit der Gemein- den als Folge ihrer wirtschaft- lichen Abhängigkeit	128
3.7.	Ansätze zu einem Modell regio- naler ökologisch-ökonomischer Strukturplanung	131
3.8.	Die Schwächen des Gesetzgebungs- systems	137
4.	Trendanalyse nach Status-quo- Bedingungen	140
4.1.	Die Degeneration der Planungs- ansätze der Bundesregierung zu bloßen Willenserklärungen - eini- ge Daten zu gegenwärtigen Trends; nochmals zur Zentralismusthese	140
4.2.	Das mangelnde Durchsetzungsver- mögen der Kommunalbehörden ge- gegenüber industriellen Inte- ressenverbänden	150
4.3.	Das Engagement der Bürger als Antwort auf die Leistungsdefi- zite der Verwaltung	158

	Seite	
4.3.1.	Organisation und Selbstverständnis der Bürgerinitiativen	158
4.3.2.	Zur Problematik der Bürgerinitiativen	161
4.4.	Folgeprobleme für die Rechtsprechung	163
4.4.1.	Interne Strukturprobleme	164
4.4.2.	Tendenz zur Übernahme politischer Entscheidung	169
5.	Möglichkeiten einer kurz-, mittel- und langfristigen Trendumkehr	175
5.1.	Möglichkeiten der Gesetzgebung zur Umsetzung umweltpolitischer Planung	175
5.2.	Die Möglichkeiten der Verwaltung zur Realisierung umweltpolitischer Planungen	190
6.	Instrumentelle Empfehlungen	199
6.1.	Instrumentelle Empfehlungen für den Gesetzgebungsbereich	199
6.1.1.	Kurz- und mittelfristige Vorschläge	199
6.1.2.	Langfristige Vorschläge	200
6.2.	Instrumentelle Empfehlungen für den Verwaltungsbereich	201
6.2.1.	Kurz- und mittelfristige Vorschläge	201
6.2.2.	Langfristige Empfehlungen	202
	Literaturverzeichnis	205